Interessengemeinschaft
gegen Tiefe Geothermie

Tiefe Geothermie in der Südpfalz – wie geht es weiter?

Mit diesem Schreiben möchten wir uns, die Interessengemeinschaft gegen Tiefe Geothermie **„Pfalz *Parterre*“**, an die Öffentlichkeit wenden, um einen Beitrag aus der Sicht der Betroffenen zur Diskussion um das Thema „Tiefe Geothermie“ in der Südpfalz zu leisten. Seit einem Jahrzehnt ist diese höchst umstrittene Art der Gewinnung von Energie aus regenerativen Quellen ein Reizthema in der Südpfalz und hat durch die Vorkommnisse in Landau und Insheim zu Ängsten und zur Verunsicherung in der Bevölkerung geführt.

Trotz des großen Widerstands in der Region und eindeutiger Signale aus Kreisen der Lokalpolitik ist die Zukunft der „Tiefen Geothermie“ allerdings weiterhin unklar.

Die IG **„Pfalz *Parterre*“** wurde von vier ehemaligen Mitgliedern der Bürgerinitiativen in Landau und Rohrbach/ Insheim, den Ehepaaren Ute und Jürgen Bauer (Insheim) und Monika und Thomas Hauptmann (ehemals Landau jetzt Mutterstadt), ins Leben gerufen. Wir wollen auf der Basis einer sachlich geführten Diskussion abseits vereinsinterner Empfindlichkeiten und Zwänge dazu beitragen, endlich Klarheit zur momentanen Lage zu schaffen um eine politische Lösung der bestehenden Probleme zu unterstützen.

Die Notwendigkeit der „Energiewende“ ist unstrittig. Das Ziel zu erreichen verlangt nach kreativen Denkmodellen und der Bereitschaft auch Gewohnheiten und nationale Empfindlichkeiten auf den Prüfstand zu stellen. Das größte Potential an Möglichkeiten die „Energiewende“ erfolgreich umzusetzen liefert der bewusste und sparsame Umgang mit den Ressourcen.

Ein ungebremstes Wachstum mittels eines verschwenderischen Umgangs mit fossilen Energieträgern, deren Einsatz zur Energiegewinnung darüber hinaus das Klima nachhaltig schädigen, wird in der Zukunft in dieser Form nicht mehr möglich sein. Sparsamkeit und die Rückbesinnung auf regionale Märkte und deren Besonderheiten müssen wieder mehr in den Fokus gerückt werden, ohne dabei die globale Vernetzung aus den Augen zu verlieren.

Gerade im Energiesektor scheint die Abkehr großangelegter Versorgungsnetze im Zusammenhang mit der „Energiewende“ angeraten zu sein, sind doch die Energieträger „Wasser, Sonne, Wind“ unterschiedlich verteilt. Intelligente Modelle können dazu beitragen diese Ungleichverteilung aufzufangen.

Vernetzte, kleinteilige Strukturen ermöglichen eine Verteilung nach Bedarf unter Nutzung der vorhandenen Infrastruktur und können problemlos über die Ländergrenzen hinaus, ganz im Sinne eines Zusammenwachsens im Rahmen eines vereinten Europas, realisiert werden.Um diesen Kraftakt zu bewältigen bedarf es einer sinnvollen öffentlichen Förderung. Die Einführung des „Kohlepfennigs“ durch die Hintertür ist jedoch weder sinnvoll, noch fördert eine einseitige Subventionierung die notwendige Vielfalt.

Besonders prädestiniert für einen problemlosen Wandel ist die Region in der wir leben. Die sonnenverwöhnte Südpfalz ist ein ideales Umfeld für die Nutzung der Photovoltaik. Der gewonnene Strom kann problemlos zum Aufbau intelligenter Speichersysteme, in Form der Wasserstofftechnologie oder klassischer Speichermedien, genutzt werden. Vor diesem Hintergrund ist die Nutzung von Erdwärme völlig überflüssig und eine einseitige Präferenz bei der öffentlichen Förderung unsinnig.

Spätestens seit dem Desaster mit dem Landauer Geothermie-Kraftwerk und dem schleppenden und von über 100 induzierten Erdbeben begleiteten Betrieb des Nachbarkraftwerks in Insheim muss es jedem Bürger klar sein, dass ein Festhalten an dieser Technologie mehr als gefährlich und nicht sinnvoll ist. Die bis heute ungeklärten Probleme vor dem Hintergrund einer ungleichen Risikoverteilung sprechen eindeutig gegen den Neubau von Geothermie-Kraftwerken in unserer Region. Das veraltete Bergrecht und das fast völlige Fehlen allgemeingültiger Grundregeln, sowie mangelnde Kommunikation zwischen den zuständigen Fachbehörden lassen neue Projekte zu Risikofaktoren für die betroffenen Gemeinden und deren Bürger werden, die ihren Besitz und ihre Lebensqualität in Gefahr sehen.

Politische Lösungen sind das Gebot der Stunde. Um einen bisher vermissten Dialog mit den politisch Verantwortlichen im Land anzustoßen, wollen wir, die IG gegen Tiefe Geothermie **„Pfalz *Parterre*“** einen Fragenkatalog vorlegen, der sich sowohl mit der Situation der „Bestandskraftwerke“ auseinandersetzt, als auch die Frage nach der Zukunft in Form neuer Projekte nicht außen vor lässt.

Pfalz *Parterre* Interessengemeinschaft gegen Tiefe Geothermie
Monika & Thomas Hauptmann, Farenheimer Straße 6, 67112 Mutterstadt · Ute & Jürgen Bauer, Sandweg 17, 76865 Insheim

Interessengemeinschaft
gegen Tiefe Geothermie

Fragen zum Thema „Tiefe Geothermie“

Das Thema ist facettenreich und verlangt nach einer differenzierten Betrachtung. Wir haben uns deshalb dazu entschlossen, den Katalog einerseits auf Fragen zu beschränken die wir für wesentlich erachten, anderseits eine Gliederung in drei Punkte vorzunehmen, die den Überblick erleichtern soll.
Wir betrachten dieses Schreiben als ersten Schritt zu einem sich kontinuierlich entwickelnden Dialog mit allen zuständigen Stellen, entsprechend groß ist der Kreis an den dieses Schreiben verteilt werden soll. Neben den Vertretern der Landes- und Kommunalpolitik, allen voran **Herrn Wirtschaftsminister Dr. Wissing (FDP) und die Umweltministerin Frau Höfken (Grüne)**, stehen die zuständigen Fachbehörden an vorderster Stelle auf unserem Verteiler. Auch die Betreiber sollen zu Wort kommen um einen konstruktiven Dialog zur Zukunft der beiden Bestandskraftwerke in Landau und Insheim zu initiieren.

1. Allgemeine Fragen

Bergrecht
Das Bergrecht hat einen wesentlichen Anteil am Genehmigungsverfahren für ein neues Geothermie-Kraftwerk. Erste Priorität hat immer die Gewinnung von Bodenschätzen, was wir im Falle eines Projekts mit unkalkulierbaren und evtl. nachhaltigen Auswirkungen auf die Umgebung in einer kleinteiligen Kulturlandschaft mit einer dichten Besiedelung für problematisch erachten.
· Wie müsste Ihrer Meinung nach eine Reform des Bergrechts aussehen, die dem Sicherheitsbedürfnis und dem Recht auf eine saubere Umwelt (Grundwasserschutz) der Bürger gerecht wird?

Fracking
Im Gegensatz zur Förderung von Kohlenwasserstoffen wird bei der Tiefen Geothermie ein Verfahren zur Anwendung gebracht, welches beschönigend mit „Hydraulische Stimulation“ umschrieben wird. Statt eines hochgiftigen Chemikalienmix kommen hohe Drücke mit unkalkulierbaren Risiken zur Anwendung. Die Novelle der Fracking-Verordnung ist insgesamt unbefriedigend und lässt unter bestimmten Voraussetzungen Fracking weiterhin zu.
· Befürworten Sie ein umfassendes Fracking-Verbot, auch der „Hydraulischen Stimulation“, in Deutschland und was würden Sie dafür tun dieses durchzusetzen?

Zuständigkeit der Fachbehörden
Die Vorfälle in der Vergangenheit offenbarten, dass eine Aufteilung der Zuständigkeiten für den Betrieb eines GKW auf zwei Fachbehörden, das Bergamt (Primärkreislauf) einerseits, die Gewerbeaufsicht (Sekundärkreislauf) anderseits, wenig sinnvoll ist. Die daraus entstehende Schnittstellenproblematik führt im Extremfall dazu, dass die „linke Hand nicht weiß, was die Rechte tut“. Die Gefährdungspotentiale sind unterschiedlich und jedes für sich mit unterschiedlich zuverlässig kalkulierbaren Risiken behaftet. Eine Abstimmung der Fachbehörden und die Einführung einer übergeordneten Instanz mit Entscheidungskompetenz sind nach unserer Auffassung zwingend erforderlich.
· Wie kann eine praktikable Lösung Ihrer Meinung nach aussehen?

Mitsprache der Betroffenen
Die Auswirkungen die durch den Betrieb eines Geothermie-Kraftwerks entstehen können, machen nicht am Kraftwerkstor halt. Wie am Beispiel Landau erkennbar ist, kann ein mehrere Quadratkilometer umfassendes Areal in Mitleidenschaft gezogen werden. Die induzierten Beben, die durch den Betrieb des GKW Insheim verursacht werden, machen sich am deutlichsten in der Nachbargemeinde Rohrbach bemerkbar. Darüber hinaus ermöglichen moderne Techniken eine Ablenkung der Bohrungen um viele Kilometer. Eine eng begrenzte, lokale Einbeziehung einzelner Gemeinden, nämlich am Standort des späteren Kraftwerks, ist damit nicht als sinnvoll zu betrachten.
· Welcher Kreis der Betroffenen soll Ihrer Meinung nach in den Entscheidungsprozess eingebunden werden und welche Art der Bürgerbeteiligung über das bisher mögliche Maß hinaus, können Sie sich vorstellen?

Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP)
Der unterirdische, dem Bergrecht unterliegende Betrieb eines GKW birgt individuelle, unkalkulierbare Risiken, die auch durch die Einführung von allgemeingültigen Grenzwerten nicht berechenbarer werden. Jedes GKW ist in dieser Hinsicht als Unikat zu betrachten. Aktuell fallen die beiden Bestandsanlagen wegen des Einsatzes des Transmitters Iso-Pentan im oberirdischen Sekundärkreislauf unter die Regeln der Störfallverordnung. Zukünftige

Projekte könnten durch den Einsatz von Alternativen diese Tatsache umgehen. Die Gefahren werden dadurch keineswegs minimiert, sie stellen sich nur anders dar.
· Befürworten Sie die generelle Einführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung vor der Projektierung eines neuen Geothermie-Kraftwerks und welchen Grad der Verbindlichkeit soll das Ergebnis auf das Genehmigungsverfahren haben?

Wirtschaftlichkeit
„Life Cycle"-Betrachtungen, „CO_2-Effizienz-Analyse" und „UVP" liefern wichtige Informationen über den Aufwand, der zu einem sicheren und nachhaltigen Betrieb eines GKW notwendig ist. Das hat Auswirkungen auf die Wirtschaftlichkeit. Da darüber hinaus der Wirkungsgrad eines stromgeführten GKW mit 3 bis 7% bescheiden ist und die Wärmevermarktung eine entsprechende, eigene Infrastruktur und ausreichend große Abnehmerzahlen voraussetzt, stellt sich die Frage nach der Wirtschaftlichkeit.
· Halten Sie ein Projekt für sinnvoll, dessen Aufwand in keinem Verhältnis zum Nutzen steht und sich erst gegen Ende der Standzeit alleine auf Grund hoher Subventionen rechnet?

Risikoverteilung und Schadenregulierung
Große Unsicherheiten bestehen aktuell z.B. bei den Themen Beweislastumkehr und die Definition eines „unabhängigen Gutachters".
· Welche Maßnahmen halten Sie in dem genannten Zusammenhang für notwendig um Rechtssicherheit für evtl. Betroffene gewährleisten zu können?

2. Bestandsanlagen

Landau
Komponententests stehen kurz vor der Genehmigung des Bergamts. Der Umfang der Sanierungsmaßnahmen durch den Betreiber ist weitgehend unbekannt. Ob die einmal ausgesprochenen Reglementierungen für einen zukünftigen Betrieb weiterhin Bestand haben ist ebenfalls ungewiss.

· Welche Komponenten sollen unter welchen Bedingungen wann getestet werden und sind dabei die in 2009 implementierten Grenzwerte bezüglich des Injektionsdrucks einzuhalten?

· Sollte sich bei den Tests herausstellen, dass eine „Hydraulische Stimulation" zur Gangbarmachung der Injektionsbohrung erforderlich ist, würde dieses Vorgehen durch den geltenden Sonderbetriebsplan sanktioniert, oder hätte dieser Sachverhalt Auswirkungen auf die Tests und damit auch auf eine geplante Wiederinbetriebnahme?

· Sollte es trotz der Einhaltung der in 2009 implementierten Grenzwerte bezüglich des Injektionsdrucks zu Erdbeben kommen, hätte dies dann die dauerhafte Abstellung der Anlage zur Folge?

· Wie ist es um die Entsorgung des auf dem GKW-Gelände gelagerten, radioaktiven Müll bestellt?

· Wann soll die angekündigte Informationsveranstaltung der Stadt zusammen mit dem Betreiber stattfinden?

Insheim
Zahlreiche induzierte Beben, unklare Entsorgungswege und ein fehlender (2014), auf Dauer genehmigter Hauptbetriebsplan zeichnen den Betrieb des GKW-Insheim aus.
Nach einer Häufung von induzierten Beben im zweiten Halbjahr 2015 ist die Häufigkeit an Ereignissen zurückgegangen. Daraus ergibt sich die Vermutung, dass das GKW nur noch im „Schwerkraftbetrieb" ohne Injektionspumpe mit stark reduzierter Leistung betrieben wird.

· Entspricht diese Vermutung den Tatsachen?

· Gibt es inzwischen einen genehmigten Sonderbetriebsplan, der die Zwischenlagerung und Entsorgung schwach radioaktiver Abfälle regelt?

Interessengemeinschaft
gegen Tiefe Geothermie

· Warum gibt es keinen auf Dauer genehmigungsfähigen Hauptbetriebsplan für das Geothermie-Kraftwerk Insheim?

3. Geplante Geothermie-Kraftwerke in der Südpfalz

Die Aktivitäten eines Unternehmens mit dem Namen „Deutsche Erdwärme“ sorgen im Kreis Germersheim für Aufregung. Neben der technischen Problematik stellt sich die Frage nach den Hintermännern, sprich: Investoren, die in ein Projekt investieren wollen, dessen Sinnhaftigkeit in Frage steht. Gleichzeitig machen Berichte über unseriöse Anlagemodelle des „Grauen Anlagemarkts“ mit unrealistischen Renditeversprechen die Runde.

· Welche geplanten Projekte in der Südpfalz sind Ihnen bekannt?

· Welche Unternehmen sind auf dem Sektor dort tätig?

· Wie können Gemeinden und deren Bürgern vor unseriösen Unternehmungen geschützt werden und welche Rolle spielt dabei die Offenlegung der Geldgeber und deren Firmensitze?

Der Rückbau der offengelassenen Bohrung in Bellheim war der „Einsteiger“ für die „Deutsche Erdwärme“. Bisher ist dort noch nicht viel passiert, ein Abschluss der Arbeiten völlig offen.

· Ist es richtig, dass die bereitgestellten Mittel für den Rückbau bereits aufgebraucht sind und wofür wurden sie verwendet?

Für eine Beantwortung unserer Fragen wären wir Ihnen dankbar. Gerne stehen wir auch für persönliche Gespräche zur Verfügung.

Thomas Hauptmann für **„Pfalz *Parterre*“**

Pfalz *Parterre* Interessengemeinschaft gegen Tiefe Geothermie
Monika & Thomas Hauptmann, Farenheimer Straße 6, 67112 Mutterstadt · Ute & Jürgen Bauer, Sandweg 17, 76865 Insheim